

Pressemitteilung

Berlin, 27.04.2017



Christliche Krankenhäuser
in Deutschland

Zukunftsweisend menschlich.

Qualität neu definieren – christliche Krankenhausverbände positionieren sich zur Bundestagswahl

Die Initiative „Christliche Krankenhäuser in Deutschland“ (CKiD) fordert eine entschlossene Ausrichtung der Krankenhauspolitik der kommenden Legislaturperiode auf Basis eines erweiterten Qualitätsverständnisses mit den Prioritäten Patienten, Personal und Gemeinwohl. Drängender Handlungsbedarf bestehe hinsichtlich der Neuregelung von Personaluntergrenzen und bei der flächendeckenden Notfallversorgung. Auch die Versorgung vulnerabler Patienten müsse verbessert werden, so der Deutsche Evangelische Krankenhausverband (DEKV) und der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (kkvd). Die Regelungen des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSg) reichten nicht aus, eine sowohl effektive als auch durch Menschlichkeit und Zuwendung geprägte Patientenversorgung sicherzustellen. Die CKiD stellen ihre Positionen im Rahmen eines Polit-Talks heute (Donnerstag) ab 17:30 Uhr in Berlin zur Diskussion. Auf dem Podium vertreten sind neben dem Vorsitzenden und stellvertretendem Vorsitzenden von DEKV und kkvd, Christoph Radbruch und Ingo Morell, Gesundheitspolitiker aus den Bundestagsfraktionen sowie Vertreter aus Patientenorganisationen und dem Gemeinsamen Bundesausschuss.

„Wir setzen uns für ein neues Verständnis von Qualität in der Krankenhausbehandlung ein, das sich deutlich an patienten- und gemeinwohlbezogenen sowie professionsethischen Kriterien orientiert. Ein umfassender Qualitätsbegriff muss auch den einzelnen Patienten im Blick haben und sollte sich außerdem stärker an Indikatoren zur Messung der Lebensqualität wie beispielsweise die International Classification of Functioning (ICF) ausrichten“, sagt der DEKV-Vorsitzende Radbruch. Ein Umdenken sei insbesondere im Umgang mit demenzkranken oder geistig behinderten Patienten notwendig, da diese ein höheres Maß an Zeit und Aufmerksamkeit benötigten. Diese Leistungen seien durch das DRG-System nicht genügend abgedeckt und müssten zukünftig besser berücksichtigt werden, fordert Radbruch. Um die patientenorientierte Versorgung zu stärken, sei es zudem notwendig, ausreichend Pflegepersonal auszubilden. „Unverzichtbar hierfür ist eine eigenständige, bundesweit geregelte zweijährige Assistenz Ausbildung, die den Erfordernissen am Arbeitsmarkt entspricht und attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten für die Absolventen eröffnet.“

kkvd-Vize Morell betont: „Die Politik ist in der kommenden Legislaturperiode gefordert, auf die reale Situation in der Versorgung zu schauen – mit allen regionalen Besonderheiten und personellen Engpässen etwa auf dem Arbeitsmarkt für Pflegekräfte. Wir sind hier zehn Jahre zu spät dran, um diese Fehlentwicklung nun ad hoc auszugleichen. Es gibt heute

Ihre Ansprechpartner:

Kirsten B. Schröter, kkvd
Pressesprecherin und Strategische
Kommunikation
E-Mail: kirsten.schroeter@caritas.de
Mobil: 0175. 22 97 478

Anja Södler, DEKV
Pressesprecherin
E-Mail: presse@dekv.de
Mobil: 0173. 52 20 133

kkvd Katholischer Krankenhausverband Deutschlands e.V.

Reinhardtstraße 13 | 10117 Berlin
Telefon: 030. 28 44 47 30
Fax: 0761. 200 – 609
E-Mail: kkvd@caritas.de
www.kkvd.de

DEKV Deutscher Evangelischer Krankenhausverband e.V.

Invalidenstraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030. 80 19 86 – 0
Fax: 030. 80 19 86 – 22
E-Mail: info@dekv.de
www.dekv.de



Unter dem Label Christliche Krankenhäuser in Deutschland (CKiD) vertreten der Deutsche Evangelische Krankenhausverband (DEKV) und der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (KKVD) rund 640 Krankenhäuser und Kliniken. Jedes dritte deutsche Krankenhaus wird in konfessioneller Trägerschaft geführt. Rund 270.000 Beschäftigte versorgen im Jahr über sechs Millionen Patienten. Mit rund 32.000 Ausbildungsplätzen leisten die christlichen Krankenhäuser einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Ausbildung in den Pflegeberufen.

Christliche Krankenhäuser in Deutschland
www.christliche-krankenhaeuser.de

Pressemitteilung

Seite 2 von 2



Christliche Krankenhäuser
in Deutschland

Zukunftsweisend menschlich.

mehr multimorbide Patienten und dadurch bedingt höhere Anforderungen an die Pflegenden, wodurch das gegenwärtige Finanzierungssystem an seine Grenzen stößt. Wir fordern deshalb eine vorausschauende und realistische Planung und Refinanzierung, die den Krankenhäusern bei ihrer Aufgabe, eine zukunftsfeste Versorgung zu gestalten, hilft.“ Zum Thema Notfallversorgung sagt Morell: „Es muss endlich Schluss sein mit der sektoralen Abgrenzungsdiskussion, das bringt uns nicht weiter. Die Verantwortlichen in den Krankenhäusern vor Ort können sich diese Debatte gar nicht leisten, da sie in der Verantwortung für die Menschen, die versorgt werden müssen, stehen. Wir müssen stattdessen hinkommen zu einer sektoral übergreifenden Lösung mit einem übergreifendem Budget.“

In der laufenden Legislaturperiode haben die mehr als 600 konfessionellen Kliniken bundesweit bereits eigene Anstrengungen unternommen, um dem Strukturwandel in den Regionen, einer veränderten Altersstruktur der Bevölkerung und komplexeren Voraussetzungen in der Medizin zu begegnen: Bundesweit stellen 45 Kliniken in konfessioneller Trägerschaft mit jeweils einer Größe von mehr als 1 000 Betten in Verbundstrukturen wirksame Synergieeffekte her, indem sie Leistungen gebündelt anbieten. Um weiterhin eine humane und am Patienten orientierte Versorgung anbieten zu können, müssten die Rahmenbedingungen an vielen Stellen neu definiert werden, so die Forderung der CKiD an die Gesundheitspolitiker.

Gesprächspartner beim CKiD-Politik-Talk am 27. April 2017 um 17:30 Uhr in Berlin sind:

Ute Bertram, Mitglied des Deutschen Bundestags CDU/CSU-Fraktion

Thomas Isenberg, Gesundheitspolitischer Sprecher SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Maria Klein-Schmeink, Gesundheitspolitische Sprecherin Bündnis 90 / Die Grünen

Harald Weinberg, Sprecher Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie DIE LINKE

Hedwig Francois-Kettner, Vorsitzende Aktionsbündnis Patientensicherheit

Dr. Regina Klakow-Franck, unparteiisches Mitglied Gemeinsamer Bundesausschuss

Die Positionen der christlichen Krankenhäuser zur Bundestagswahl finden Sie unter folgendem Link: www.christliche-krankenhaeuser.de